



## Vorschläge der Zivilgesellschaft an die nationalen und europäischen EntscheidungsträgerInnen

### Zusammenfassung

Dezember 2010

Die Gesamtheit unserer Vorschläge finden Sie  
unter: [www.etatsgeneraux-europe.eu](http://www.etatsgeneraux-europe.eu)

### Was ist das Europa-Forum?

Das Europa-Forum fand erstmals im Jahr 2007 statt, zwei Jahre nach der Ablehnung des Verfassungsvertrages in Frankreich und den Niederlanden. Sein Ziel ist es:

- \* frischen Wind in die Zivilgesellschaft zu bringen und wieder an den Geist und den Optimismus der Gründerväter anzuknüpfen
- \* zum Treffpunkt der europäischen Zivilgesellschaft zu werden
- \* zum Raum des pluralistischen Austauschs, des Dialoges und der Vorschläge zwischen BürgerInnen aller Generationen sowie politischen EntscheidungsträgerInnen auf europäischer und nationaler Ebene zu werden.

Dieses immense Zentrum des Zusammentreffens und des Austauschs bietet



ein ganztägiges Programm mit mehr als 15 Debatten, Kultur, Sport und Unterhaltung.

### Schon zum dritten Mal in Frankreich!

1. Europa-Forum: 17. März 2007 in Lille  
„Stolz, EuropäerInnen zu sein!“

Anlässlich des 50. Jahrestages der Römischen Verträge

2. Europa-Forum: 21. Juni 2008 in Lyon  
„Wir sind Europa!“

Gastland: Italien

Anlässlich der französischen Ratspräsidentschaft und des 50jährigen Bestehens des Europäischen Parlaments

3. Europa-Forum: 17. April 2010 in Straßburg  
„Europa: ein Erbe, welche Verantwortung?“

Gastland: Deutschland

Anlässlich des 60. Jahrestages der Schuman-Erklärung und der beginnenden Legislaturperiode der Europäischen Kommission und des Parlaments

### Die Zivilgesellschaft organisiert eine partizipative Veranstaltung

Das Europa-Forum wird aus zivilgesellschaftlicher Initiative organisiert. Es ist völlig unabhängig und folgt einem pluralistischen und partizipativen Ansatz. Seit 2007 wird es von drei Organisationen koordiniert: **EuropaNova, der Europäischen Bewegung Frankreichs und Notre Europe**.

Mehr als 100 Organisationen (Vereine, NGOs, Think Tanks, Gewerkschaften, Unternehmen, Medien) haben bereits an der Organisation des *Europa-Forums* teilgenommen, in Zusammenarbeit mit europäischen, nationalen und lokalen Institutionen.

### José-Manuel Barroso als Ehrengast unter mehr als 110 RednerInnen

Das 3. Europa-Forum fand in Straßburg am 17. April 2010 statt und genoss das Privileg, José-Manuel Barroso, den Präsidenten der Europäischen Kommission, als Ehrengast begrüßen zu dürfen.

An diesem diskussionsreichen Tag fand ein Meinungsaustausch zwischen 2.000 BürgerInnen und VertreterInnen aus Politik, Gewerkschaften, Wirtschaft, Kultur und ehrenamtlichen Organisationen statt. Alle hatten die Möglichkeit, sich zu den Belangen der Union zu äußern und Vorschläge für die Entwicklung der europäischen Integration in den kommenden Jahren zu machen.

**Der vorliegende Text präsentiert eine Zusammenfassung dieser Vorschläge.**

### Pressestimmen

„Die erste Versammlung der europäischen Zivilgesellschaft in Frankreich“  
**Le journal du dimanche**

„Die ‚Generation Erasmus‘ will Verantwortung übernehmen“ **Le Monde**

## 1. Vorschlag: **Mehr Finanzmittel für mehr Gemeinschaftspolitiken**

Sechzig Jahre nach der Erklärung Schumans und der Herstellung eines dauerhaften Friedens in Europa, muss die EU sich heute auf vielen Gebieten der Herausforderung der Nachhaltigkeit stellen. Drohende Ungleichgewichte können nur durch eine bessere Regulierung der Finanzmärkte und eine Stärkung der gemeinsamen Politiken effizient verhindert werden. Das Europa-Forum ist in seinen Diskussionen daher zu dem Schluss gelangt, dass die EU ab 2013 ihre Eigenmittel erhöhen sollte.

### **Eine ehrgeizige europäische Agrarpolitik**

Der Gemeinsame Agrarpolitik, einem der Kernstücke der Europäischen Integration, stehen Grundsatzentscheidungen hinsichtlich ihrer Gestaltung und Mittelausstattung bevor. Diese Reform bietet den EuropäerInnen einen guten Anlass, ihre Wünsche und Erwartungen hinsichtlich der Zukunft ihrer Landwirtschaft, ihrer Ernährung und ihrer Raumordnung zu äußern. Die Gemeinsame Agrarpolitik hat es Europa ermöglicht, quantitative Zielsetzungen zu erfüllen: Es gibt ausreichend Nahrung für alle, und die EU ist ein modernes, exportorientiertes Produktionsgebiet. Wenn es jedoch um angemessene Verbraucherpreise und Vergütungen für die LandwirtInnen geht, ist die Bilanz ziemlich düster. Der Verlust an Realeinkommen bedroht den Generationswechsel in der Landwirtschaft.

Das Europa-Forum schlägt daher vor, die Gemeinsame Agrarpolitik ab 2013 mit den notwendigen Mittel auszustatten, um:

- \* den Generationswechsel und eine Arbeitsplätze schaffende landwirtschaftliche Aktivität zu gewährleisten,
- \* den europäischen BürgerInnen qualitativ hochwertige Lebensmittel zu liefern, indem die Stabilität der landwirtschaftlichen Märkte garantiert wird,
- \* natürliche Ressourcen zu erhalten und zur Reduzierung des Treibhauseffektes beizutragen.

### **Für eine europäische Energiegemeinschaft**

Energie ist ein besonderes, immer knapper werdendes Gut. Europa steht seinen Mitgliedstaaten gegenüber in der Verantwortung, eine gemeinsame Energiepolitik zu entwickeln, die auf dem Prinzip der Solidarität beruht. Der Artikel 194 des Vertrages von Lissabon bietet die rechtliche Grundlage dazu.

Eine effiziente europäische Energiepolitik muss mehrere Anforderungen erfüllen: Verbraucherschutz und soziale Gerechtigkeit; Wettbewerbsfähigkeit, Effizienz und Sicherheit der Energieversorgung; öffentliche und private Investitionen in Forschung und Entwicklung; Steueranreize für saubere Energien; kontrollierten Umgang mit Energiebedarf und Energiepreisen. Darüber hinaus muss sie eine äußere Dimension entwickeln, die es ihr erlaubt, wichtigen Zulieferern gegenüber mit einer Stimme zu sprechen.

Das Europa-Forum unterstützt den Vorschlag Jacques Delors', eine Europäische Gemeinschaft für Energie zu gründen, die die Mitgliedstaaten wieder auf den 1951 von den Gründervätern eingeschlagenen Weg führt.

### **Für eine leistungsfähigere Industriepolitik**

Die USA sind durch ihre Investitionen in Forschung und Entwicklung im Bereich der Hochtechnologien marktführend. China hat sich von der „Werkbank der Welt“ zu ihrem „Forschungslabor“ entwickelt. Gemeinsam mit den anderen Schwellenländern erwirtschaftet es 52 % der weltweiten Industrieproduktion. Mit Ausnahme Deutschlands sieht die europäische Wirtschaftsleistung dagegen trüb aus: Während die EU im Jahr 2000 noch 20 % der weltweiten Industrieproduktion hervorbrachte, sind es heute nur noch 15 %.

Dabei stellt die Industrie gerade in den Bereichen Energie, nachhaltiges Transportwesen, „grüne Chemie“, Biotechnologie und Nanotechnologie einen Grundpfeiler unserer heutigen Wirtschaft dar. Sie ist eine wichtige Antriebskraft für Forschung, Innovation und Ausbildung, den Export und die Entwicklung damit verbundener Dienstleistungen. Industrie steht für Produktion, Beschäftigung und große europäische Verbundprojekte.

Die EU kann als wichtigster Binnenmarkt der Welt nicht auf eine integrierte, starke Industriepolitik verzichten, die auf Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität abzielt, denn jedes einzelne Mitgliedsland ist mittlerweile zu klein, um eine eigene Industriepolitik zu betreiben. Eine gemeinsame Industriepolitik hingegen würde es erlauben, sowohl interne Probleme der EU zu lösen als auch auf dem Weltmarkt zu handeln.

Um den großen industriellen Herausforderungen von morgen gewachsen zu sein, schlägt das Europa-Forum vor:

Dass die Industriepolitik nicht nur in der „Strategie Europa 2020“ genau bezifferte Zielvorgaben erhält, sondern auch technologische Großprojekte benennt, die strukturierende und mobilisierende Wirkung entfalten.

Eine industrielle Querschnittsklausel einzurichten, aufgrund derer für jede Einzelmaßnahme der EU geprüft wird, welche Auswirkungen sie auf die Industrie und deren zukünftige Wettbewerbsfähigkeit haben wird.

### **Für ein höheres Budget und Eigenmittel**

Der aktuelle EU-Haushalt ist nicht ausreichend, um den gemeinsamen Herausforderungen in Landwirtschaft, Energie und Industrie zu begegnen und die notwendigen Investitionen zur Erfüllung dieser Gemeinschaftspolitiken sicherzustellen. Das Europa-Forum ist davon überzeugt, dass es dringend notwendig ist, trotz der Krise zusätzliche Ressourcen für den gemeinsamen Haushalt zur Verfügung zu stellen. Um dieser Forderung Gehör zu verschaffen, schlägt es vor, an den aktuellen Debatten zur Haushaltsplanung für die Jahre 2013–2020 teilzunehmen.

## 2. Vorschlag

### **Damit die „wachsenden Einheit der Völker“ nicht zur „wachsenden Konkurrenz zwischen den Völkern“ wird, muss die Gemeinschaft verstärkt im sozialen Bereich handeln**

Das Europa-Forum bot den anwesenden BürgerInnen die Möglichkeit, ihre tiefe Beunruhigung im Hinblick auf ihre wirtschaftliche und soziale Zukunft zum Ausdruck zu bringen. Unabhängig von der Krise sehen die europäischen BürgerInnen in der fortschreitenden europäischen Einigung den Zerfall des europäischen Sozialmodells. Sie bedroht ihrer Ansicht nach die europäischen Werte der Solidarität, der sozialen Gerechtigkeit, der sozialen Sicherheit und des sozialen Dialogs.

Diese Befürchtungen verstärken zweifelsohne die Abwendung der BürgerInnen von der europäischen Integration. Dabei könnten gerade wirtschaftliche und soziale Belange ein Betätigungsfeld darstellen, das der europäischen Integration neue Legitimität verschaffen und den durch die wirtschaftliche Globalisierung verängstigten BürgerInnen neue Hoffnung geben könnte.

#### **Ein als gefährdet empfundenes Gesellschaftsmodell**

Die Mechanismen der sozialen Sicherung, der Stellenwert des sozialen Dialogs (Themen, Kräfteverhältnis der beteiligten Akteure, Zusammenspiel von gesetzlichen Regelungen und Verhandlungselementen usw.), Arbeitskosten, Funktionsweisen der ArbeitnehmerInnenvertretung usw. variieren stark von einem Mitgliedstaat zum anderen. Den europäischen BürgerInnen ist es daher wichtig, dass die Förderung des Wettbewerbs zwischen den Unternehmen innerhalb des Binnenmarktes nicht zum Vorteil für den sozial und steuerlich Niedrigstbietenden wird.

Diese Befürchtungen beziehen sich auch auf die Zukunft der öffentlichen Daseinsvorsorge, die als Teil des sozialen Modells betrachtet wird. Eine Herangehensweise, die die wirtschaftliche Dimension der Aktivitäten zur öffentlichen Daseinsvorsorge in den Vordergrund stellt, weckt den Eindruck, sie nehme die Dimension des „Gemeinwohls“ nicht ernst.

#### **Auch den Schwächsten in Europa Beachtung schenken**

Obwohl die EU eine der reichsten Regionen der Welt ist, lebt ein Fünftel der EuropäerInnen unter der Armutsgrenze (die sich bei 60 % des mittleren Einkommens im jeweiligen Mitgliedsland bemisst). Davon sind 80 Millionen Menschen betroffen, meist die junge Generation und arme Beschäftigte. Ihre Zahl steigt überall in Europa. Gerade die Situation derer, die in Armut leben, obwohl sie arbeiten, weckt große Besorgnis, denn die Armutsfallen innerhalb der Mitgliedstaaten nehmen zu. Sie sind Folge verschiedener Maßnahmen, die es verhindern, trotz Beschäftigung in Würde zu leben, wie etwa Teilzeitarbeitsverträge, die Anhäufung befristeter Arbeitsverträge usw. Die sozialen Mindestleistungen liegen mittlerweile meist unterhalb der Armutsgrenze.

#### **Wieder zu einigen Grundprinzipien stehen**

Die EU sollte auf internationaler Ebene für eine Regulierung des globalen Handels einstehen, die Sozial- und Umweltnormen beinhaltet. Sie sollte sich

für eine Regulierung der Finanzmärkte einsetzen, die eine Bekämpfung der Spekulation ermöglicht.

Der Bereich des Sozialen steht heute weiterhin hauptsächlich in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten und lokalen Gebietskörperschaften. Die europäische Ebene kann sich jedoch dafür einsetzen, dass die Würde der Person geachtet und das Modell, dem sich die BürgerInnen zu Recht verbunden fühlen, bewahrt wird. Zu diesem Zweck schlägt die „Strategie Europa 2020“ der Europäischen Kommission einen Rahmen für intelligentes, nachhaltiges und sozialem Einschluss verpflichtetes Wachstum vor. **Allerdings bräuchte die Kommission mehr Macht, um diese Zielsetzungen von den Mitgliedstaaten umsetzen zu lassen.**

#### **Vorschläge, um das Handeln der Gemeinschaft im Bereich des Sozialen zu stärken**

- \* Es sollten **richtungsweisende und sichtbare Maßnahmen zur Entwicklung eines echten europäischen Arbeitsmarktes mit einem Mindestsockel an Rechten** festgelegt werden, damit eine Konvergenz dieser Rechte auf europäischer Ebene garantiert und für mittlere und kleinere Unternehmen die Anwendung der einschlägigen Gesetzgebung erleichtert wird.
- \* In der Strategie Europa 2020 sollten die **Zielsetzungen zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung nicht auf Beschäftigungsquoten reduziert werden**. Vielmehr sollten die Schwächsten, von Armut betroffene ArbeitnehmerInnen und die Qualität von Beschäftigung berücksichtigt werden. Darüber hinaus sollten soziale Belange in den Politiken der EU ganz allgemein eine wichtigere Rolle spielen.
- \* Den EU-Verträgen sollte ein **Protokoll zum sozialen Fortschritt beigelegt werden**. Sozialen Rechten auf europäischer Ebene sollte die gleiche Legitimität zumessen werden wie den vier in den Verträgen festgelegten Grundfreiheiten des Marktes (freier Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen). Das Protokoll wäre die Grundlage für wirtschaftliche und soziale Kompromisse im Hinblick auf ein Grundeinkommen, Besteuerung, öffentliche Daseinsvorsorge, Arbeitszeit- und Endsenderichtlinien etc. Es könnte mittels einer verstärkten Zusammenarbeit im sozialen Bereich oder eines Protokolls für sozialen Fortschritt entstehen

### **3. Vorschlag:**

#### **Die Teilhabe der BürgerInnen an der gemeinschaftlichen Entscheidungsfindung stärken, u. a. durch die Förderung von Initiativen zur Begegnung und gemeinschaftlicher Reflexion nach dem Vorbild des Europa-Forums**

Durch das europäische Projekt wurden neue Institutionen geschaffen, die die europäischen BürgerInnen auf der Ebene an der Entscheidungsfindung beteiligen sollen, auf der sich die jeweiligen Probleme stellen. „Wir verbünden keine Staaten, wir bringen Menschen zueinander“, erklärte Jean Monnet, auf dessen Anregung die Schuman-Erklärung entstand. Trotzdem nehmen heute, nach sechzig Jahren, die BürgerInnen nicht oder fast gar nicht am europäischen Projekt, das sie vereint, teil. Nach den Jahren der Begeisterung für das europäische Projekt sind die BürgerInnen heute wesentlich weniger an der europäischen Idee interessiert als vorher, während gleichzeitig die Kompetenzen der EU wachsen. Die niedrige Beteiligung an den Europawahlen, vor allem bei jungen WählerInnen, zeigt, dass Europa kein oder nur wenig Interesse hervorruft und – vor allem – nicht ausreichend verstanden wird. Gleichzeitig stellt sie ein ernsthaftes Legitimitätsproblem für das Europäische Parlament dar.

Nicht nur die Regierungen der Mitgliedstaaten, sondern auch die BürgerInnen selbst sollten aktiv an der europäischen Einigung teilnehmen, denn die EU schafft neue demokratische Verantwortlichkeiten. Die Beteiligung der BürgerInnen ist notwendig, weil ohne sie (den Demos) die große Baustelle des europäischen Zusammenlebens (der Kratos) nicht voranschreiten kann.

Das Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages stellt einen bedeutenden Fortschritt der europäischen Integration dar. Der neue Vertrag legt fest, dass die EU auf repräsentativer Demokratie beruht. Darüber hinaus sieht er in Artikel 11 auch Elemente partizipativer Demokratie vor: den horizontalen zivilen Dialog (Art. 11.1), den vertikalen zivilen Dialog (Art. 11.2), Konsultationen durch die EU-Kommission (Art. 11.3) und die europäische Bürgerinitiative (Art. 11.4).

Das Europa der BürgerInnen hat jedoch noch viel vor sich. Der Artikel 11 bietet den rechtlichen Rahmen für praktische Umsetzungen, die von lokalen, nationalen und europäischen Institutionen stärker unterstützt werden sollten.

#### **Zur Verwirklichung eines öffentlichen Raumes in Europa empfiehlt das Europa-Forum:**

- \* die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Förderung europäischen Geschichtsunterrichts, nach dem Vorbild des deutsch-französischen Geschichtsbuchs;
- \* die Erarbeitung eines gemeinsamen Grundstocks an Kenntnissen und Fähigkeiten für eine europäische Staatsbürgerschaft;
- \* die Stärkung der Mobilitätsprogramme, auch für Lehrlinge.

#### **Um die Teilhabe der BürgerInnen an der europäischen Einigung zu stärken, fordert das Europa-Forum:**

- \* die Fortführung des Europa-Forums durch die Einrichtung einer Reflektionsgruppe bestehend aus AkteurInnen der Zivilgesellschaft, der politischen Parteien und der Medien, die die Arbeit des Europäischen Parlaments mit dem Ziel unterstützt;
- \* schon jetzt darüber nachzudenken, wie das Interesse der Öffentlichkeit für die nächsten Europa-Wahlen geweckt werden kann;
- \* die Schaffung eines Statuts für europäische Vereinigungen, um den Dialog mit der organisierten Zivilgesellschaft auf europäischer Ebene zu erleichtern;
- \* finanzielle Unterstützung zur Organisation von Debatten der Zivilgesellschaft im Rahmen von Konsultationen der EU-Kommission;
- \* den Erhalt bzw. den Ausbau der Haushaltsmittel für bürgerschaftsbezogene Programme wie „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ oder „Jugend in Aktion“;
- \* eine vereinfachte Umsetzung der europäischen Bürgerinitiative, insbesondere mittels der Einrichtung einer Internetseite, auf der die Europäische Kommission alle Bürgerinitiativen bündelt.

#### **Grenzüberschreitende Gebiete sind Laboratorien der europäischen Einigung. Sie sollten zu Modellen der Bürgerbeteiligung werden, insbesondere durch:**

- \* die Stärkung und Aufwertung grenzüberschreitender Räume in ihrer politischen, wirtschaftlichen, sozialen und bildungsfördernden Dimension;
- \* den Ausbau der Bürgerbeteiligung an grenzüberschreitender Zusammenarbeit durch grenzübergreifende Bürgerbefragungen.

**Graphische Gestaltung:** Stéphanie Baz

**Zusammenstellung:** Nadège Chambon, Pauline Gessant, Thomas Houdaille für das Europa-Forum.